

Sept 84

"FRIEDENSBEWEGUNGEN" in der DDR.

Bitte, vertraulich  
behandeln!

Leicht überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten in der Akademie Wartensee (CH) am 30. Juni 1984. (cf. auch unsere 1<sup>e</sup> und 2<sup>e</sup> Berichte)

Wir möchten diesen einleitenden Referat in 3 Punkten gliedern, die ganz unterschiedlicher Größe sind, die aber verdeutlichen sollen, was wir sagen möchten, und was nicht mißverstanden werden darf.

I.

Wir werden das Thema Friedensbewegung (FB) in der DDR historisch und politisch behandeln, d.h. daß wir es im ganzen Kontext der Entwicklung der DDR-Gesellschaft und ihres Selbstverständnisses sehen werden, obwohl viel mehr über die Ev. Kirche als über die Innenpolitik der DDR-Regierung gesagt wird. Denn, wenn es so etwas wie eine FB in der DDR gibt, gibt es sie nicht erst seitdem die westlichen Medien darüber sprechen. Um die Bedeutung, die Rolle, die Wichtigkeit dieser B. richtig einzuschätzen, scheint es uns notwendig, sie in ihrer Geschichte kennenzulernen. Das bringt nicht nur zu einer angemessenen Bewertung der jetzigen Ereignisse, sondern relativiert und differenziert das Bild von diesen Leuten, das bei uns verbreitet wird.

II.

Eine "unabhängige Friedensbewegung in der DDR" gibt es nicht. Der Begriff ist falsch und irreführend. Man kann die westeuropäischen FBen - wie in NL oder der BRD- mit ihren Organisations- und Informationszentren, mit ihren Schwerpunkten, Konsensen, mit ihren Strukturen, Koordinationmöglichkeiten und sozialer Breite überhaupt nicht mit der B. in der DDR vergleichen. Das bedeutet nicht, daß alles, was bei uns darüber gesagt wird, falsch oder erfunden ist, sondern, daß der Begriff, die Kategorie von "FB" für das, was in der DDR passiert viel mehr den Wunschvorstellungen bestimmter Leute in den westlichen Ländern entspricht als es wirklichkeitsnahe ist.

III.

Was gibt es also in der DDR, das bei uns als "FB" oder "unabhängige FB" verkauft wird? Es gibt dreierlei, worüber wir jetzt, auch mit unterschiedlicher Länge berichten möchten: die offizielle Friedenspolitik, autonome Gruppen und eine sogenannte "eigenständige Friedensarbeit der Kirche".

## 1. Die offizielle Friedenspolitik.

Auf die zahlreichen Plakate, die man in der DDR sehen kann ist z.B. zu lesen: "Für den Frieden und den Sozialismus". In dieser propagandistischen Form wird ein Grundgedanke der marxistisch-leninistischen Philosophie wiedergegeben, wonach Frieden und Sozialismus zusammengehören, ja sogar identisch sind. Dieses sozialistische Friedensverständnis greift im Wesentlichen zu zwei Thesen des "Manifests der KP", die lauten: "In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."

Diese zwei Thesen besagen, daß Frieden nach innen und nach aussen nur mit der Aufhebung der nationalen wie internationalen Ausbeutung zu erreichen ist, daß er also dem Klassenkampf eng gebunden ist, der der richtige, einzige und notwendige Weg zum Frieden darstellt. Ohne in die Details des theoretischen marxistischen Friedensverständnis eingehen zu können, scheint es uns wichtig, diesen Grundsatz zu erwähnen, der entscheidend ist um die Position und das Verhalten der Kirche in der DDR zu verstehen wie auch das Verhalten des Staates gegenüber der sogenannten ~~FB~~. Dazu noch drei kurze Kommentare:

- Dieses sozialistische Friedensverständnis ist viel breiter als das normale, bürgerliche Verständnis, das in der Kirche auch herrscht, wo Frieden Gegenteil vom Krieg ist, und, auf das persönliche Leben bezogen, meistens mit dem "nett und höflich sein" identifiziert wird. Das sozialistische Friedensverständnis schliesst die ökonomischen sowie die politischen Machtverhältnisse ein, und zwar so, daß Ausbeutung und Unterdrückung gleich Krieg sind, also Abschaffung der Ausbeutung und Befreiung mit dem Frieden gebunden sind. In diesen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen werden auch die Ursachen gefunden, die den Menschen entfremden und den zwischenmenschlichen Frieden schwierig machen.

- Das sozialistische Friedensverständnis ist also ideologisch nicht neutral. Die Ursachen des Unfriedens sind nicht so naturgegeben da, sondern liegen bei der Struktur der kapitalistischen Ökonomie, die aus Ausbeutung -im weiten Sinne- besteht. Die militärische Intervention oder Invasion eines Landes ist meistens der letzte Akt eines ökonomischen Krieges, oder der Versuch, eine ökonomische Krise zu lösen, bzw. aufzuheben.

- Der Staat, der auf die marxistische Analyse des Kapitalismus beruht, und der die Arbeiterklasse nicht mehr ausbeutet, sondern von ihr bzw. ihrer Partei geführt wird, kann als "Friedensstaat" bezeichnet werden :

er beruht einerseits nach innen auf dem Aufbau des Sozialismus, andererseits nach aussen auf die friedliche Koexistenz mit allen Nachbarstaaten, auch anderer Gesellschaftsordnung, sofern sie keine Konfrontationspolitik treiben. Von dem eben gesagten wird verständlich, warum die Regierung die DDR selber als "FB" bezeichnet. Damit sind nicht primär die persönlichen Beziehungen noch die Abwesenheit von Gewalt gemeint, sondern die ökonomischen und politischen Strukturen des Sozialismus, auch des Real-existierenden, die die Voraussetzungen der Ausbeutung des Menschen um des Profits willen abgeschafft haben, sowie die Voraussetzungen der Versuchung, diesen Profitzwang durch eine militärische Aktion durchsetzen bzw. ausdehnen zu wollen.

Diese "FB" wird in der DDR von dem "Friedensrat" geführt, dem alle Parteien, Massenorganisationen und Vertreter des öffentlichen Lebens gehören. Dieses Gremium vertritt die Friedenspolitik der DDR und die friedenspolitischen Ziele der sozialistischen Staaten gegenüber dem Ausland. Das ist die offizielle FB in der DDR.

## 2. Autonome Gruppen.

Es gibt einige Gruppen in der DDR, kaum organisiert oder strukturiert, die sich mit der Friedensfrage und anderen gesellschaftlichen Fragen beschäftigen. Sie bestehen meistens aus Freundeskreisen, sind also immer auf die Stadt oder das Bezirk begrenzt. Eigentlich ist es nichts anderes als Gruppen von Freunden mit dem gleichen Interessen, und die versuchen, sich mehr zu informieren, über ihre Gesellschaft nachzudenken, ihre Widersprüche beim Wort zu nennen. Die Mehrheit dieser Leuten sind Marxisten, und möchten ihre Gesellschaft kritisch-konstruktiv ansprechen. Sie verwerfen aber die ideologische Führung der Partei, und versuchen einen autonomen, unabhängigen Standpunkt zu gewinnen und zu artikulieren.

Nach unseren Erfahrungen und Kenntnissen müssen wir aber hinzufügen, daß diese Beschreibung optimal ist. Meisten Gruppen haben nicht die Fähigkeit -aus welchen Gründen auch immer- über das "Meckern und Schimpfen" hinaus zu kommen, und bleiben bei der Erzählung der alltäglichen Widersprüche -die es tatsächlich gibt !- im real existierenden Sozialismus stecken. Das Informationsniveau sowohl was die DDR-Gesellschaft selber als auch die anderen Länder betrifft ist sehr unterschiedlich, und nicht frei von Mißverständnissen, Vereinfachungen oder Kritiklosigkeit.

Diese Gruppen sind bestimmt durch die internationale Anerkennung der DDR und den Entspannungsprozess um Helsinki gefördert und ins Leben gerufen worden. Die berühmte "Ienaer Gemeinschaft" hat z.B.

mit Menschenrechtsfragen angefangen. In den letzten Jahren haben sich diese Gruppen immer mehr der Friedens- und Abrüstungsfrage gewidmet. Das Anliegen vieler dieser Gruppen ist, eine Alternative zu finden, zu was der Staat offiziell sagt, bzw. die Widersprüche der Politik der Regierung klar auszudrücken. (Das Wort "Alternative" ist nicht zufällig, da viele Kontakte mit den "Grünen" der BRD bestehen.) Sehr selten ist dabei ein grundsätzliches, prinzipielles Ablehnen des Sozialismus zu hören, geschweige denn der marxistischen Ansätze. Nun, eine Kritik an einer Regierungspolitik, die nicht systemkonform ist, ist sehr schwer durchsetzbar. Da diese Gruppen sich auf die ideologische Führungsrolle der Partei nicht festlegen, ist es ihnen schwer, wirksam zu werden, oder zu Wort zu kommen. Wer in der DDR aber nach einer Alternative zur Stimme der Regierung sucht, kommt fast unausweichlich einmal dazu, ... in die Kirche zu gehen ! Denn die Kirche ist die einzige offiziell anerkannte nicht staatliche Organisation, und sie spricht tatsächlich eine andere Sprache als die Regierung. Da es sonst für andere politische Ideen in der DDR kaum Raum gibt, wo sie sich ohne weiteres ausdrücken können, haben viele von diesen Gruppen die Idee gehabt, enger mit der Kirche zu arbeiten, sogar sich unter ihrem Dach und ihrer Verantwortung zu treffen. Es wäre aber falsch, allen Taktieren zu unterstellen. Die Meisten sind an eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben bereit und interessiert. Ein gutes Beispiel für diese Entwicklung ist heute die Gruppe "Frauen für den Frieden":

Diese Gruppe wurde in der DDR eigentlich erst 1983 gegründet, bei der sogenannten "Friedenswerkstatt" der Ev. Landeskirche Berlin-Brandenburg. Diese Friedenswerkstatt war eine Art Vollversammlung der kirchlichen Friedensgruppen der Gegend, wo jede sich mit einem Stand vorstellen konnte. In einer Ecke des Geländes war ein kleines Podium à la Hyde Park Corner aufgestellt, wo jeder seine Meinung oder Informationen sagen konnte. Da wurde zum ersten Mal das Projekt solch einer Gruppe genannt, offensichtlich unter einem starken Einfluß der seit mehrere Jahre bestehenden westberliner Gruppe der "Frauen für den Frieden". Diese Gruppe hat sich dann schnell entwickelt, und in mehreren Arbeitsgruppen gegliedert. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Friedenserziehung. Sie hatte am Anfang eine Beziehung zu der Kirche insofern, daß eine Pfarrerin zu dem Initiatorenkreis gehörte. Insgesamt aber hat die Gruppe kaum Kontakte zur Kirche.

Während des Winters ist es mit Konflikten mit staatlichen Behörden gekommen, nachdem ein Gesetz verabschiedet wurde, wonach Frauen in Not- und schlimmen Verteidigungsfällen in die Armee einbezogen werden könnten

Daraufhin haben einige Frauen Briefe an das Verteidigungsministerium geschrieben, wo sie dagegen protestierten und gegebenenfalls, ihre Verweigerung erklärten. Zwei der Führerinnen wurden in Untersuchungshaft gebracht, weil sie verbotene Informationen nach dem Westen gelangen lassen wollten. Sie sind schnell aus der Haft rausgelassen worden, und das Verfahren wurde eingestellt.

Seitdem sieht sich diese Gruppe bedroht, und versucht, weiter zu machen. Einige Arbeitsgruppen versuchen z.B. in kirchlichen Gemeinden oder Friedensgruppen "unterzukommen", d.h. vom Schutz der Kirche zu profitieren. Jede Gemeinde muß dann selber entscheiden, aber <sup>der</sup> Trend, in die Kirche runterzukriechen bevor das Gewitter kommt, ist deutlich. Das bringt **uns** zu dem dritten Punkt.

### 3. Die eigenständige Friedensarbeit der Ev. Kirchen.

Es ist unmöglich, von der Friedensarbeit der Kirche zu sprechen, ohne ihre Position in der DDR anzusprechen, ohne ihre Geschichte in der DDR in Erinnerung zu rufen, ohne ihr eigenes Selbstverständnis irgendwie darzustellen. Wir müssen uns hier auf ein paar Grundbemerkungen beschränken, und die Vorgeschichte der jetzigen Friedensarbeit in raschen und groben Zügen zusammenzufassen. Wir werden uns dann etwas ausführlicher über die Entwicklung seit Anfang der 80<sup>er</sup> Jahre ausdrücken.

3.1. Die deutsche evang. Kirche -aber nicht nur sie !- hat immer ein schwieriges Verhältnis zur Arbeiterklasse und Arbeiterwelt gehabt; das gilt auch für die Arbeiterbewegungen, die Aufstände, und erst recht für die Revolution und die marxistische Theorisierung des Kampfes der Arbeiterklasse. Das hat seine Ursachen nicht nur darin, daß die Arbeiter nicht zur Kirche gingen, oder daß der Marxismus atheistisch und materialistisch ist, sondern auch darin, jetzt pauschal gesagt, daß die Kirche zu den Mächtigen gehörte, mit den Adligen, Königen, Fürsten und Bankiers paktierte.

3.2. Die Hitlerzeit und die Geschichte der Bekennenden Kirche haben deutlich gezeigt, daß die meist verbreitete politische Einstellung des deutschen Protestantismus "deutsch-national" war. Das heißt nicht nur, stolz, deutsch und Christ zu sein, sondern auch eine natürliche antirussische, bzw. antisowjetische, antikommunistische Haltung.

3.3 Gleich nach dem Krieg hatte sich kein deutscher Christ ernsthaft vorstellen können, daß er von jetzt ab unter einer sozialistischen Regierung zu leben haben würde. Daß das Ende der Hitlerdiktatur gleichzeitig das Ende der Volkskirche war, war nicht vorstellbar.

3.4. Die Kirchen der DDR anerkennen, daß das Land von der KP regiert wird, obwohl sie den Marxismus für unvereinbar mit dem christlichen Glauben halten. Ihr Ziel, eine eigenständige Friedensarbeit zu machen, ist auch vom Staat anerkannt und respektiert. Das Problem der Kirche ist, einerseits zu vermeiden, als Lautsprecher der Regierungspolitik mißverstanden zu werden, andererseits zu vermeiden, als Opposition mißbraucht zu werden. Das ist der allgemeine Sinn der Formel "Kirche im Sozialismus".

Bevor wir jetzt die Anfänge der Friedensarbeit der Ev. Kirchen in der DDR darstellen, möchten wir noch ein kleines Beispiel geben, das die Schwierigkeit des Staat-Kirche Verhältnisses deutlich macht: Manche Genossen finden es ganz merkwürdig, daß die Kirche in der DDR sich plötzlich für den Frieden gerufen fühlt, während sie jahrhundertlang die Waffen gesegnet hat, Kriege unterstützt hat, wenn nicht selber geführt hat, nicht zuletzt gegen fortschrittliche Kräfte, Arbeiter oder Kommunisten. Die Genossen fragen sich dann, ob ihr Engagement von heute, das öfters gegen die Regierung gerichtet ist, nicht einfach davon kommt, daß sie jetzt eine kommunistische Regierung haben!

Diese Bemerkung trifft bestimmt teilweise zu, und man darf es nicht vergessen. Andererseits aber haben Christen wirklich von den Kommunisten gelernt - besonders in den letzten Jahren - daß Frieden ein engagementswertes Ziel ist, und ihre Kirchengeschichte kritischer nachzufragen haben. Bloß, sie möchten als Christ etwas für den Frieden tun, und nicht "nur" als DDR-Bürger. Und da fangen die Probleme an !...

### 3.5. Historischer Rückblick.

Das Friedensengagement der Kirchen in der DDR greift zu den 50<sup>er</sup> Jahren zurück, als, 1950, dem Potsdamer Abkommen entsprechend, die EKD-Synode sich in Berlin-Weissensee für das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen aussprach. Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands bracht die EKD 1955 dazu, gesetzliche Möglichkeiten für die Verweigerung des Waffendienstes aus Gewissensgründen und für den zivilen Ersatzdienst zu fordern. Die historische Entwicklung der BRD mit dem Wehrpflichtgesetz (1956) und dem Militärseelsorgevertrag (1957) belasteten die Beziehung zwischen der DDR und der EKD, die kein akzeptables Gesprächspartner mehr wurde. Als 1962 die Wehrpflicht in der DDR eingeführt wurde, erinnerte die Kirche an das Recht der Verweigerung aus Gewissensgründen für alle Christen. Ein Gespräch fand mit Vertretern des Staates statt, welches ein wichtiger Grund dafür gewesen ist, daß 1964 der waffenlose Bausoldatendienst eingeführt wurde. Es war zwar kein ziviler Ersatzdienst, aber immerhin ohne Waffen, und im Prinzip

nicht zum Bau militärischer Objekte genutzt. Seitdem gibt es für Christen in der DDR diese 3 Möglichkeiten: Wehrdienst, waffenloser Dienst, totale Verweigerung, die gestraft wird. Seitdem auch hat sich die Kirche immer deutlicher hinter den Bausoldaten und Verweigerern gestellt, und diese unterstützt. Die Tendenz geht dahin, die Verweigerung als deutlicheres Friedenszeugnis zu erklären, besonders im Atomzeitalter. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren durchgeschlagen, besonders in der Debatte um den Pazifismus. Interessant ist hier auch zu merken, daß die EKD immerhin an der "Komplementaritätsthese" der Heidelberger Thesen von 1959 hält, also, an einem "sowohl...als auch", was das Problem der Verweigerung im Atomzeitalter angeht.

Ein zweiter Schwerpunkt der kirchlichen Friedensförderung sind die Einwände gegen die Einführung des Wehrkundunterrichtes in 1978. In allen 9. und 10. Klassen werden seitdem 8 Stunden pro Jahr dazu verbraucht, grob gesagt, um in die militärische Verteidigung der DDR einzuführen. Ausserdem ist ein zweiwöchiges Zivilverteidigungslager vorgesehen. Die Kirche hat schon vor dem Bekanntgeben dieses Erlasses protestiert (!) und ihre Kritik an zwei Punkte zusammengefasst: die Kinder werden auf dem Freund-Feind Denken fixiert, auf die gewalttätige Lösung von Konflikten gewöhnt, und diese Maßnahme lässt die Friedenspolitik der DDR unglaubwürdig erscheinen. Ob diese Einwände zutreffend sind oder nicht, möchten wir hier nicht beantworten. Jedenfalls brachten Gespräche mit dem Staat keine neue Lösungen, so daß die Kirchenleitungen ein Programm "Erziehung zum Frieden" beschlossen, um ein friedenspädagogisches Gegengewicht zur Wehrerziehung zu schaffen: Materialien für Gemeindetage, Friedensseminare, Rüstzeiten und Christenlehre wurden herausgegeben. Das bekannte Friedensseminar von Königswalde hat z.B. seine Arbeit und Teilnehmerzahl dadurch erheblich steigen sehen.

Es ist klar, daß diese Initiativen zeitweise die Beziehung zum Staat belasteten, aber es dauerte nicht lange, bis sie wieder normalisiert wurden.

Wir kommen jetzt zu den bekanntesten Ereignissen. Einige Daten und Fakten sind wichtig, um den Hintergrund dieser Ereignisse zu verstehen - März 78 : das berühmte Gespräch zwischen Honecker und Bischof Schönherr, wo die Formel "Kirche im Sozialismus gesiegelt wurde.

1979 : NATO-Doppelbeschluss, und, 14 Tage später, Einmarsch in Afghan. 1980 entschied sich die Sowjetunion, Truppen und Panzer aus der DDR auszuziehen, um ihren Abrüstungswillen zu bezeugen. Die Kirche in der DDR reagierte sehr vorsichtig und zurückhaltend dazu.

1980 : Polenereignisse, die den Staat empfindlich zur Rolle der Kirche gemacht haben können.

a) Der Konflikt "Schwerter zu Pflugscharen" 1981-1982.

Dieser Konflikt ist eigentlich aus drei unabhängigen Ereignissen entstanden, die die westdeutschen Medien zusammengewickelt haben.

Die Initiative Sozialer Friedensdienst (SoFD) ist Anfang Mai 81 in Dresden geboren. Als Ergebnis einer Diskussion innerhalb der Kirche sollte diese Initiative von einer Arbeitsgruppe in die Synode gebracht werden, und dann dem Staat als Vorschlag übergeben werden. Dieses Papier tritt für einen zivilen Wehersatzdienst neben dem normalen Wehrdienst ein. Er sollte sich von dem Bausoldatendienst unterscheiden, indem er im diakonischen Bereich stattfindet. Anlaß der Sitzung des Zentralausschusses des ÖRK in Dresden gelangt diese Initiative über die Westpresse an die Öffentlichkeit, wo sie als Forderung an dem Staat dargestellt wurde, obwohl sie nicht einmal in der Kirche besprochen worden war. Damit war die Kirche mehr oder weniger gezwungen, sich hinter dieser Initiative zu stellen und sie dem Staat befürwortend zu übertragen. Die Reaktion des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Gysi, war verständnisvoll. Er würdigte die Friedensarbeit der Kirche, erklärte aber, warum der "soziale Friedensdienst" aus politisch-militärischen Gründen heute nicht günstig ist. Die späteren Reaktionen von der Seite des Staates sind dann unterschiedlich gewesen. Die Schärfste war gewiss als diese Initiative als "Phrase" des Klassenfeindes bezeichnet wurde. Diese Initiative war übrigens auch in der Kirche sehr umstritten.

Der Brief an Breschnew und der Berliner Appell: Im November 81 fand in der ganzen DDR zum zweiten Male eine Friedensdekade statt (cf. Programm "Erziehung zum Frieden"). Für diese Dekade war ein Aufnäher hergestellt worden mit der Parole "Schwerter zu Pflugscharen", nach dem Text von Micha 4. Dieses Motiv schildert auch ein von der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg in der Nähe des UNO Gebäudes in New York aufgestelltes Denkmal. Dieser Satz "Schwerter zu Pflugscharen" war das Thema der Friedensdekade 80 gewesen, aber damals hatte im Westen niemand davon gesprochen.

Kurz davor aber fand der Besuch L. Breschnews in der BRD statt. Zu diesem Anlass schrieb ihm Prof. R. Havemann (Berlin-DDR) einen Brief, wo er die SU aufforderte, sich um die Erklärung Europas als Atomwaffenfreie zone zu bemühen und ihre Truppen aus der DDR zurückzuziehen. Indirekt trat er auch für eine "unabhängige Friedensbewegung" ein. Dieser Brief der von vielen -u.a. von Pfr. R. Eppelmann- unterzeichnet wurde, war in der DDR kaum bekannt, in der BRD aber viel mehr, sodaß das westdeutsche Fernsehen, als es von der Friedensdekade berichtete, den Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" als Symbol der "unabhängigen Friedensbewegung"

der DDR" vorstellte, was natürlich nicht stimmte.

Ende Januar 82 verfasste dann Pfr. R. Eppelmann - als Antwort auf den westdeutschen Krefelder Appel- den "Berliner Appell", den R. Havemann auch unterstützte, wo Abrüstung in Ost und West und bestimmte friedens-erzieherische Maßnahmen gefordert wurden. Das Motto des Appelles war "Frieden schaffen ohne Waffen". Trotz Bemühungen seiner Kollegen ließ sich Eppelmann davon nicht abraten, diesen Appell an die Springerpresse in West-Berlin zu übermitteln. Dort wurde die Wirkung dieses Appells nicht verfehlt. Eppelmann und Havemann wurden in der BRD als führende Vertreter der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR genannt und ernannt, obwohl sie in der DDR überhaupt nicht als solche betrachtet waren. Der Aufnäher wurde zum Symbol dieser Friedensbewegung und von vielen getragen, obwohl sie kaum etwas mit der Kirche zu tun hatten, aber bloß ihre Unzufriedenheit mit der DDR so ausdrücken wollten. Es war bekannt, daß dieser Aufnäher in der Kirche zu finden war. Der Staat reagierte dann massiv und verbot das Zeichen, was eine ziemlich brutale Reaktion war. Wahrscheinlich wurde befürchtet, daß eine von der Kirche gesteuerte Bewegung à la Solidarnosc erscheint. Seitdem hat die Kirche dieses Verbot angenommen und auf dieses Symbol zeitweise verzichtet "um des Friedens willen" ! Dieser Konflikt ist jetzt, 1984, so gut wie ausgefallen.

Das Friedensforum in Dresden: kurz nach der Veröffentlichung des Berliner Appells fand in Dresden ein Friedensforum statt, aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Stadt durch die Amerikaner. Diese Veranstaltung war offiziell angemeldet, wobei die Bezirksleitung dem Bischof ihr Bedenken dagegen geäußert hatte: man fürchtete, daß es in einer antisozialistische Demonstration endete. Das Forum fand mit etwa 5000 Personen in der Kreuzkirche statt. Die Diskussionen liefen über Friedenserziehung in der DDR, sozialen Friedensdienst, vormilitärische Erziehung und Schwierigkeiten, die einige Jugendliche mit dem Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" kriegten. Parteimitglieder kamen auch ins Gespräch mit Jugendlichen. Das Forum endete mit einem Schweigemarsch durch die Innenstadt. Alles lief friedlich, und der Eindruck von vielen war, daß der Staat die Friedensarbeit der Kirche nicht behindern wollte, solange sie überschaubar bleibt.

b) Die Jenaereignisse.

Jena gilt in der DDR als eine besondere Stadt, wo die gesellschaftlichen Spannungen schärfer zugespitzt sind als in den anderen Gegenden. Das liegt unter anderen daran, daß in dieser kleinen Universitätsstadt verhältnismäßig viele Studenten, Künstler und Aussenseiter leben

Das prägt natürlich bedeutenderweise das kulturelle und politische Leben in Jena. Ökonomisch gesehen herrscht in der Gegend die Firma Karl Zeiss schon lange. Das heißt nicht nur, daß sehr viele Leute von dieser Fabrik leben, sondern auch, daß diese Fabrik kulturell und politisch sehr ausprägend ist, was vielen in der Gegend peinlich ist.

In 1976, im Zusammenhang mit dem Fall Biermann wurden ein Dutzend Jenaer nach West-Berlin ausgewiesen, weil sie gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Unterschriften gesammelt hatten. Diese Leute gehörten zu einer breiten Gruppe, die im kirchlichen Raum angeblich Fuß hatte. Der genaue Umfang der Anknüpfung dieser Gruppe an der Kirche ist umstritten. Manche behaupten, sie seien alle engagierte Christen, andere zeigen, daß der Kontakt mit der Kirche mehr am Rande liegt, ja sogar bloß taktisch war. Diese Gruppe hat zwar über kirchliche Räume (für Ausstellungen, Veranstaltungen, Werkstattabende, usw.) verfügen können, und es gibt unter ihnen bestimmt Christen, aber der Ablauf dieser Geschichte zeigt, daß man nicht von einer "kirchlichen" Gruppe reden kann.

Die Gruppe hat in diesen Jahren viele Themen verarbeitet, z.B. Menschenrechte, Wehrkundeunterricht, Friedensarbeit... Sie war auch nahe von der Initiative SoFD und von "Schwerter<sup>w</sup> zu Pflugscharen". In 1981 wurden einige wegen Diebstahls und anderer Formen "asoziales Verhalten" verhaftet, ins besondere Matthias Domaschk, der im Untersuchungshaft starb. Die offizielle Erklärung des Selbstmordes hat aber viele nicht überzeugt. Die Situation verschärfte sich am 24. Dez. 82, als ein Teil der Gruppe auf dem Marktplatz versuchte, eine "Friedensschweigeminute" zu halten. Sie hatten Transparenten dabei, auf denen man z.B. "Frieden schaffen ohne Waffen" oder "Sch<sup>w</sup>erter zu Pflugscharen" lesen konnte. Eine Fahne mit "Solidarnosc" soll auch sichtbar gewesen sein. Diese Gruppe von etwa 17 Jugendlichen wurde verhaftet. Am 17 Febr. 83 wurde in der "Frankfurter Rundschau" ein Brief veröffentlicht, den junge Christen aus Saalfeld und Rudolstadt geschrieben haben sollten. In diesem Brief beklagten sich die Jugendlichen über die Kirche, die die Verhafteten im Stich gelassen und von ihnen distanziert habe. Der Brief zog sogar Parallele zwischen der heutigen Haltung der Kirche und ihr Schweigen während der Hitlerzeit. Im Westen wirkte er wie eine Bombe. Die DDR aber erfuhr davon erst durch westliche Pressemeldungen. Es dauerte zwei Wochen Untersuchungen in der Kirche, bis man beweisen konnte, daß dieser Brief erstens nie an die Kirche angekommen war, zweitens daß niemand aus Rudolstadt diesen Brief geschrieben hatte, daß er also eine Erfindung war, vielleicht eines westlichen Journalisten. Inzwischen <sup>waren</sup> die meisten Verhafteten in Jena freigelassen. Die Kirche hat dabei eine Rolle gespielt, obwohl sie für den Zwischenfall nicht

verantwortlich war. Der Bischof Leich sagte, daß die thüringische Kirche zwar sehr intensiv an Friedensarbeit eingebunden sei, wenn aber einzelne Gruppen von sich aus darüber hinausgehende Aktionen starteten, könne sie das nicht immer nachträglich als von der Kirche initiiert bezeichnen. Daß die Verhafteten nicht gleich ausgewiesen worden sind, was in solchem Fall üblich ist, hat viele erstaunt und hat bestimmt einen Entspannungswillen zu bedeuten.

Schliesslich wurde in der Nacht vom 7. zum 8. Juni 83 Roland Jahn, sozusagen ein "Chef" dieser Jenaergemeinschaft, anscheinend gewaltsam ausgewiesen, obwohl er bisher keinen Ausreiseantrag gestellt hatte und erklärt hatte, er wolle in der DDR weiterleben. Schon wurden in Jena neue Mitglieder der Gruppe verhaftet, weil sie Unterschriften gegen Jahns Ausbürgerung sammelten. Die Gruppe in Jena hat außerdem Protestbriefe an die FDJ und an den Friedensrat geschickt. Seinerseits hat R. Jahn an E. Honecker geschrieben, und in West-Berlin, wo er jetzt wie alle ausgewiesenen Jenaer lebt, den Generalsekretär der ONU gebeten, für seine Rückkehr in die DDR einzutreten. Als es klar wurde, daß er seine Bitte schriftlich machen sollte, hat man von ihm nichts mehr gehört. Seitdem ist die Jenaergemeinschaft fast tot, hauptsächlich weil die Meisten jetzt in West-Berlin leben. Diese Affäre hat deutlich gezeigt, wie manche versucht haben, die Friedensdiskussion als Trittbrett zu benutzen, um schneller im Westen zu gelangen.

c) Das Stationierungsjahr

1983 sind noch folgende wichtige Daten kirchlicher Friedensaktivitäten zu nennen:

-Im Juli, die Friedenswerkstatt, die wir schon erwähnt haben.

-Die deutliche Ablehnung der Synode der Stationierung in der BRD und ihr Bedauern und Ablehnen der Gegenstationierung in der DDR. Die Frage der Atomwaffen wurde aber nicht mit dem Begriff "Statusconfessionis" geklärt, sondern mit dem Vancouver Ausdruck von "Verbrechen gegen die Menschheit", und im Zusammenhang von der Notwendigkeit von Frieden und Gerechtigkeit. Diese Haltung wurde auch in allen Kirchentagen des Lutherjahres, deutlich.

Zwei Zwischenfälle zeigen gut die Nervosität des Jahres :

- Der 1. September, erster Schultag in der DDR, ist der offizielle "Antikriegstag". In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist an diesem Tag der Frieden der Schwerpunkt: Reden, Vorlesungen, Unterricht... Eine Gruppe von Ost-Berlinern, geleitet von Pfr. Eppelmann hatte an diesem Tag heimlich eine Aktion geplant: eine Friedenskette mit Kerzen sollte zwischen den amerikanischen und sowjetischen Botschaften gebildet werden. (Eine ähnliche Aktion war ein paar Wochen

vorher in West-Berlin geschehen). Diese Aktion wurde mit Polizeieinsatz unterbrochen. Das westdeutsche Fernsehen - am vorigen Abend telefonisch von den Organisatoren bestellt - hatte alles aufnehmen können. Viele Leute wurden vorübergehend festgenommen, gleich aber wieder freigelassen.

- Für den 4. November war von der Kirche eine andere Aktion geplant, offiziell diesmal. Kirchliche Vertreter, darunter Bischof Forck, sollten mit Vertretern der Grünen, der Friedensbewegung aus den Niederlanden und Großbritannien eine Petition an die Botschaften der USA und der UdSSR übergeben, in der gebeten wurde, alles mögliche für den Erfolg der Genfer Verhandlungen zu unternehmen. Die Sache wurde offiziell besprochen, geklärt und genehmigt. Drei Tage vorher wurde aber eine Delegation der Grünen von E.Honecker empfangen. Bei dieser Gelegenheit kündigten die Grünen an, sich an diese Aktion zu beteiligen, anders als mit den drei vorgesehenen Vertretern. Angesichts dieser Tatsache untersagten die DDR-Behörden diese Aktion aus Angst, daß eine ungeplante Demonstration daraus entsteht. Es wurde der Kirchenleitung mitgeteilt, und am Morgen des 4. Nov. rieten drei Pfarrer den schon gesammelten Leuten auseinanderzugehen. Am gleichen Morgen wurden zahlreiche Grünen an der Grenze zurückgewiesen. Viele kirchliche Mitarbeiter wurden vorläufig unter Hausarrest gesetzt, andere vorher kurz festgenommen. Der Bischof selber konnte diese Petition auch nicht allein übergeben. Eine Woche später, als die Geister wieder ruhiger waren, konnte er doch mit zwei kirchlichen Vertretern die Petition an die Botschaften übergeben.

Zwei kurze Bemerkungen dazu:- die sehr strenge Reaktion der Sicherheitskräfte, besonders im zweiten Fall, wurde von allen stark verurteilt, auch ausserhalb der Kirche.

- einige haben sich dennoch gewundert, mit welcher "Naivität" besonders die erste Aktion geplant war. Jeder, der die DDR-Verhältnisse kennt, kann die Reaktion der Polizei auf eine unangemeldete Demonstration ahnen, besonders wenn man dazu noch das Westfernsehen einlädt!

#### d) Nach der Stationierung

Seitdem die Raketen da sind, ist nicht viel mehr passiert. Wie gesagt ist die Jenaerszene viel ruhiger geworden, einfach weil die Meisten nur in den Westen wollten. Die Ausreisewelle, die eigentlich eine menschenrechtliche Maßnahme war, hat zunächst die Resignation eher verstärkt, jedenfalls die Ratlosigkeit. Diese Phase scheint jetzt vorüber zu sein jetzt. Nur ein kleiner Teil dieser "unabhängigen" Gruppen

oder kirchlicher Gruppen sind ausgereist. Die Meisten wollen etwas in der DDR machen, jetzt auch noch. Es ist im Moment schwierig zu sagen, in welche Richtung es gehen wird. Vermutlich wird die Integration in die Kirche eher zunehmen.

Was die kirchliche Arbeit selber angeht, ist der Schwerpunkt bei einer besseren Qualifizierung. Diese Gruppen sind viele geworden in der Kirche, haben aber kaum gute Informationen, und reagieren sehr emotional. Es kommt also darauf an, sachkundig zu werden und sich tiefer in die Problematik einzugeben. Wichtig ist dabei auch, politikfähig zu werden. Die leitenden Gremien in der Kirche sind weit weg davon entfernt, diese interessierten Leuten in eine Oppositionskraft umbilden zu wollen. Sie will auch in dieser Gesellschaft und für sie etwas tun. Ihre Friedensexperte in der Theol. Studienabteilung sind ernste und verantwortliche Gesprächspartner für die staatlichen Experten. Die kirchliche Friedensarbeit kann nur zur Entspannung etwas beibringen, sowohl auf die internationale als auch auf die nationale Ebene. Die Regierung und die Kirchenleitung wissen ganz genau, daß es jetzt nur darauf kommen kann, den Schaden möglichst zu begrenzen.

Die Aktivität und Wirksamkeit, die diese Friedensgruppen innerhalb der DDR haben könnten - denn ihr Anliegen ist hauptsächlich eine innere Angelegenheit - diese Wirksamkeit kann nur für die DDR-Gesellschaft einen positiven Endeffekt haben; sie sind Entspannungsgruppen und wollen es bleiben. Aber ihr künftiges Leben hängt von der Großwetterlage ab. Und diese sieht, trotz jenes "deutschen Frühlings", gar nicht gut aus..

Berlin, september 84.